

Proteste der Betriebsrentner

Trotz Ankündigung der Politik ist keine Senkung der Beitragslast in Sicht

Bielefeld/Hannover/Berlin

(nw/mt). Im Sommer hat die Große Koalition den Betriebsrentnern in Deutschland Entlastungen versprochen. Zuversichtlich kündigten Politiker von Union und SPD an, dass es im Herbst eine Lösung geben wird, damit gesetzlich Krankenversicherte nicht länger doppelte Sozialabgaben auf Bezüge durch Betriebsrenten und Direktversicherungen zahlen müssen.

Doch aktuell sieht es nicht danach aus: Die Verhandlungen stocken, in der vergangenen Woche gab es erneut ein ergebnisloses Treffen der Koalitionspartner und die Zuversicht schwindet. Eine Lösung ist nicht in Sicht, trotz monatlicher Verhandlungen und des enormen Drucks, den Betroffene in Zusammenschlüssen wie dem Verein der Direktversicherungsgeschädigten aufbauen. Am heutigen Samstag gehen Tausende von ihnen auf die Straße, um den Druck zu erhöhen. Regionalgruppen aus Ostwestfalen-Lippe sind bei dem bundesweiten Aktionstag auch dabei. So wird sich auch die Regionalgruppe Minden an Protesten beteiligen – allerdings in Hannover. Treffpunkt ist am Kröpcke in der Innenstadt um zehn Uhr.

SPD-Sozialexperte Karl Lauterbach bringt die verfahrenere



Jens Spahn (CDU) spricht im September mit Demonstranten in Minden.
MT-Archivfoto: Monika Jäger

Situation auf den Punkt: „Ich bin sehr pessimistisch, dass wir da noch eine Lösung hinbekommen“, sagt Lauterbach dem Tagesspiegel. Betroffene befürchten nun, dass der Lösung im Streit um Entlastungen für Betriebsrentner ein ähnliches Schicksal droht wie der Grundrente. Der Aufschlag für Rentner mit geringen Bezügen ist zwar im Koalitionsvertrag verankert, doch Union und SPD ringen seit Monaten um eine Einigung.

Dabei ist mittlerweile vielen Politikern der Großen Koalition klar, dass die Einführung

der doppelten Sozialabgaben im Jahr 2004 durch die damalige rot-grüne Bundesregierung dazu geführt hat, dass das Vertrauen in die betriebliche Altersvorsorge massiv gelitten hat. Aufgrund des damals beschlossenen Gesundheitsmodernisierungsgesetzes müssen gesetzlich Krankenversicherte auf Bezüge durch Betriebsrenten und Direktversicherungen doppelte Kranken- und Pflegeversicherungsbeitrag von knapp 20 Prozent zahlen. Das gilt rückwirkend auch für Verträge, die vor 2004 geschlossen wurden. Die Fol-

ge: „Der Staat hat durch diesen Eingriff den prognostizierten Kapitalertrag erheblich gekürzt“, erklärt Wolfgang Diembeck, Sprecher des Vereins der Direktversicherungsgeschädigten in Bielefeld. Es gab für Arbeitnehmer keine Übergangslösungen oder Ausstiegsmöglichkeiten. „Wären diese Spielregeln den Arbeitnehmern bei Vertragsabschluss bekannt gewesen, wäre es nicht zum Vertragsabschluss gekommen.“

Von den doppelten Sozialabgaben sind aktuell zwischen 18 und 20 Millionen Menschen in Deutschland betroffen. „2,5 Millionen Menschen haben die Auszahlung ihrer Direktversicherung bereits erhalten und jedes Jahr kommen circa 250.000 Menschen hinzu“, erklärt Diembeck. „Zudem wird sich das Problem weiter verschärfen, denn betroffen sind auch die, die jetzt erst damit beginnen, für das Alter vorzusorgen.“ Das Problem betrifft deshalb laut Diembeck alle Generationen, denn trotz doppelter Sozialabgaben werben viele Versicherungen und Unternehmen weiterhin mit vermeintlich attraktiven Angeboten der betrieblichen Altersvorsorge.

Der Verein der Direktversicherungsgeschädigten fordert deshalb den sofortigen Stopp der doppelten Sozialabgaben.